

presse

Betreuungsgeld ist nachweislich eine Fehlinvestition

Zur vom Bundesfinanzministerium in Auftrag gegebenen Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) erklärt die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks:

Die Bundesregierung hätte sich die Studie zum geplanten Betreuungsgeld sparen können. Denn der Thüringer Kindersozialbericht und andere Studien belegen längst, dass das Betreuungsgeld eine Fehlinvestition ist. Aber nun bestätigt dies auch die neu vorgelegte Untersuchung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung.

Bereits die Thüringer Studie von 2008 zeigt, dass das 2006 auf Landesebene eingeführte Betreuungsgeld die Betreuungsquoten für Zwei- und Dreijährige deutlich gesenkt hat. Wörtlich heißt es in der Studie: "Mit dem Gesetz wurde ein starker Anreiz gerade für ökonomisch schwächere Familien geschaffen, ihre Kinder nicht in eine vorschulische Bildungseinrichtung zu bringen." Finanzielle Anreize müssten dazu führen, dass die Bildungsbeteiligung von Familien erhöht und nicht verringert werde, mahnt diese Studie.

Zahlreiche internationale und nationale Untersuchungen belegen, dass Kinder vom Besuch in einer Kindertageseinrichtung profitieren. In diesen Einrichtungen können entscheidende Grundlagen für spätere Bildungsprozesse gelegt und Benachteiligungen ausgeglichen werden.

Wir fordern daher die Bundesfamilienministerin auf, die Zuhausebleibprämie endlich aufzugeben. Der Bund sollte die für diese Prämie veranschlagten Milliarden in den Ausbau der Bildungsinfrastruktur investieren.